

5. Sitzung des Duisburger Stadtrates am 2. März 2015

Die 5. Sitzung des Duisburger Stadtrates in dieser Legislaturperiode (und die erste Sitzung in 2015) fand nach einer 3monatigen Pause am 2. März statt. Viele Themen, die zur Beratung anstanden, waren bereits wochenlang in den örtlichen Medien erörtert und diskutiert worden, wie z.B. der Verkauf des Klinikums, die Fällung der Bäume vor dem Hauptbahnhof, Bau und Umbau von Schulen und anderen Gebäuden für Asylbewerber, Fördergelder zur Erneuerung der Zugsicherungstechnik oder der Bau eines neuen Schwimmbades im Duisburger Süden. Die meisten dieser Angelegenheiten mussten nach den Vorschriften der Gemeindeordnung im nicht-öffentlichen Teil der Sitzung beraten werden, dennoch erfuhren die Mandatsträger fast alle Details noch vor dem Druck der Beschlusstexte aus der Presse. Ein Phänomen das man in Duisburg seit vielen Jahren kennt, bei dem es aber offenbar nicht möglich ist, heraus zu finden, wer die manchmal brisanten Informationen weitergibt – und warum...

Wegen der Vielzahl der umstrittenen Themen hatten Ratsmitglieder, Verwaltung und Polizei auch eine entsprechend große Zahl **Demonstranten vor dem Rathaus** erwartet: Empörte Mitarbeiter des Klinikums - mit professioneller ´Verdi- Unterstützung´, sowie Baumschützer gegen die geplanten Platanen-Fällungen vor dem Hauptbahnhof - mit Unterstützung diverser Umweltorganisationen und natürlich die Gegner des Factory-Outlet-Centers in Hamborn. Tatsächlich war die Zahl der Demonstranten dann aber sehr übersichtlich, was z.B. daran liegen kann, dass die Ratssitzungen in Duisburg schon um 15 Uhr beginnen, so dass die Demonstranten sich bereits um 13:30 Uhr versammeln müssen, um den eintreffenden Mandatsträgern ihren Unmut kundzutun oder aber, dass die in den Medien veröffentlichten Kommentare, Meinungen und Leserbriefe doch nicht als Mehrheits- bzw. „Massenmeinung“ zu verstehen sind oder es drückt einfach eine gewisse Gleichgültigkeit der Duisburger aus...(?)

Nachdem in der November-Sitzung der Haushalt für 2015 mit den Stimmen von SPD, Grünen und Linken beschlossen wurde (gegen alle anderen) und andere wichtige Themen in der gleichen Sitzung mit den Stimmen von SPD und CDU (gegen alle anderen) beschlossen wurden, hatte man in den folgenden Monaten mit intensiven Gesprächen und einer vertraglich vereinbarten Kooperation zwischen mehreren Ratsfraktionen gerechnet – die Frage war nur, ob es eine „Gro-Ko“ zwischen SPD und CDU geben würde oder ob es „Rot-Rot-Grün“ wird. Tatsächlich haben offenbar keine **Koalitionsverhandlungen** stattgefunden und so konnte man auch in dieser Sitzung wieder das „durchwuscheln der Verantwortlichen“ beobachten, wie es FDP-Sprecher Wilhelm Bies schon in seiner Haushaltsrede im November beschrieb.

Völlig selbstbewusst und ungeniert bespricht die SPD anscheinend jedes einzelne Thema mit unterschiedlichen „Abstimmungspartnern“ und muss dabei offenbar überhaupt keine Angst haben, auch nur bei einem einzigen Thema allein zu stehen.... wirklich bemerkenswert und -objektiv betrachtet- auf eine gewisse Art und Weise sogar beeindruckend.... Und es hat den Anschein, dass Oberbürgermeister Sören Link (auch) bei diesen „Abstimmungs-Absprachen“ keine bedeutende Rolle spielt.

Aber diese außergewöhnliche Situation drückt nicht nur das immense **Selbstbewusstsein der Duisburger SPD** unter der Führung von NRW-Innenminister Ralf Jäger aus, es zeigt auch deutlich die Schwächen der (größeren) Oppositionsparteien. So heftig manche Wortgefechte und Anschuldigungen bei dem einen Thema sind, so geschlossen stehen die Kontrahenten beim nächsten Thema zusammen und argumentieren gemeinsam gegen eine andere 'Ratsgruppierung'. Noch einfacher hatte es die SPD wohl nur in vergangenen Zeiten, in denen sie die alleinige Mehrheit im Duisburger Stadtrat stellte und weder um Zustimmung bitten, noch Gespräche führen musste....

Zu Beginn der Sitzung gab der Oberbürgermeister bekannt, dass die 4köpfige Ratsfraktion von ProNRW jetzt nur noch aus 3 Mitgliedern besteht, die sich seit der letzten Ratssitzung zunächst in „ProDuisburg“ und später in „**Bürgerbewegung ProDuisburg**“ (BW-ProDU) umbenannt hatten. Ratsherr Egon Rohmann bleibt als Einzel-Vertreter für ProNRW im Rat.

Bei Tagesordnungspunkt 3 schlug die Verwaltung vor, den „**Baubegleitenden Projektausschuss CityPalais**“, der zuletzt aus dem gesamten 21köpfigen „Betriebsausschuss IMD“ bestand und extra wegen des Baudesasters beim CityPalais eingesetzt wurde, auf 7 Personen zu reduzieren. In der bisherigen Zusammensetzung waren fast alle Fraktionen vertreten, zukünftig sollten nur noch 3x SPD, 2x CDU, 1x Grüne und 1x Linke dabei sein. Begründet wurde die Reduzierung mit „kurzfristigeren Sitzungsterminen“. Ohne lange Diskussionen stimmten die o.g. Fraktionen dafür, alle anderen im Rat vertretenen kleineren Fraktionen, Gruppen und Einzelvertreter stimmten dagegen.

Wie es in den ersten Monaten eines neuen Jahres üblich ist, wurden im Laufe der ersten 30 Tagesordnungspunkte wieder viele **Jahresabschlüsse und Wirtschaftspläne** städtischer Gesellschaften beschlossen. Hierzu gibt es in der Regel keine Wortmeldungen und weitgehend einstimmige Beschlüsse.

Zu ersten Diskussionen kam es bei der vorgestellten **Neukonzeption der „Gesellschaft für Wirtschaftsförderung“ - GfW**. Die Überarbeitung der gesamten Gesellschaftsstruktur war kürzlich vom Rat beschlossen worden, zusätzlich wurde der Anstellungsvertrag des Geschäftsführers (vorerst) gekündigt bzw. nicht verlängert. Die nun vom bisherigen Geschäftsführer Ralf Meurer und dem Aufsichtsrat erarbeitete Neukonstruktion beinhaltete lediglich viele gutgemeinte Worte und Absichtserklärungen. Viele Phrasen, bei denen man sich unweigerlich fragte, warum das nicht schon lange so ist.

Der vermeintlich 'wichtigste' Teil der Beschlussvorlage war offensichtlich die Zurücknahme der Kündigung des Geschäftsführer-Anstellungsvertrages. Die CDU hatte einen Änderungsvorschlag, wonach die Neukonzeption zwar beschlossen, der Anstellungsvertrag aber auf lediglich 2 Jahre befristet werden sollte, wofür aber nur die CDU, die Vertreter der FDP und die Fraktionsgemeinschaft PSL (*Piraten, Sozial-Gerecht-Unabhängig, Bürgerlich Liberale*) stimmten, alle anderen waren dagegen. Bei der Abstimmung über die Beschlussvorlage reichten mehrheitlich die Stimmen von SPD, Linken, JuDu/DAL und PSL um den Anstellungsvertrag des Geschäftsführers zu sichern.

Heftigere Diskussionen gab es dann bei der „**Neustrukturierung der Grünunterhaltung**“ in der Stadt. Bisher haben Mitarbeiter des städtischen 'Amtes für Grünflächen' für jeden einzelnen Rasenschnitt auf städtischen Flächen, für jeden Zentimeter Straßengrün, für jeden Baumschnitt und für die Pflege sonstiger Fleckchen Grün im Stadtgebiet einen Auftrag an die WBD-AÖR –(Wirtschaftsbetriebe) erteilt. Jeder einzelnen Beauftragung folgte

nachträglich eine Kontrolle, Rechnungserstellung etc. Da die Stadt für die gesamte Grünpflege jedes Jahr weniger Geld zur Verfügung stellt, die Bürger aber kaum auf Grünpflege verzichten möchten, wurde über eine Neukonzeption des gesamten Aufgabenbereichs nachgedacht. Dabei gab es zwischen den Mitarbeitern der Stadtverwaltung und den WBD-Mitarbeitern bereits heftige Diskussionen.

Letztendlich wurde den Ratsmitgliedern im vorliegenden Beschluss empfohlen, dass der gesamte Grünbereich (9 Mitarbeiter) zu den Wirtschaftsbetrieben wechseln soll/te und die WBD alle anfallenden Aufgaben der Grünpflege in eigener Regie durchführen sollen – mit dem von der Stadt jährlich zur Verfügung gestellten pauschalen Budget. Einige Ratsvertreter, wie z.B. die der Grünen übernahmen bei der Diskussion offenbar komplett die Argumentation der kritischen städtischen Mitarbeiter, andere argumentierten wie der Betriebsrat der WBD. Letztendlich war aber nur eine Minderheit aus Grünen, PSL, BW-ProDU, NPD und AfD dagegen, alle anderen stimmten für den kompletten Übergang der städtischen Grünpflege auf die Wirtschaftsbetriebe.

In den folgenden Tagesordnungspunkten beschloss der Rat die **verkaufsoffenen Sonntage** in diesem Jahr, die **Erhöhung des Schulbudgets** (Lernmittel) und eine „**Neufassung der Taxen-Tarifordnung**“. Die Taxifahrer hatten bei der Stadt (wie auch in vielen anderen Städten) beantragt, höhere Entgelte für ihre Beförderungen nehmen zu dürfen. Begründet wurde der Antrag nicht mit steigenden Beizkosten oder schwachen Konjunkturdaten, sondern ausschließlich mit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro. Die Fraktionen im Stadtrat zeigten wenig Interesse daran, auf diese Begründung näher einzugehen, schließlich handelt es sich um ein umstrittenes und heiß diskutiertes Thema der Bundespolitik. Einig waren sich aber (fast) alle darin, dass die Duisburger Taxifahrer nicht unter einer falscher Gesetzgebung leiden sollten. Die Bürgerinnen und Bürger werden aber demnächst deutlich tiefer in die Tasche greifen müssen, wenn sie ein Taxi bestellen.

Unter Punkt 23 stand die „Änderung der Richtlinien zur Ehrung für Verdienste um die Kultur“ bzw. die **Kriterien zur Verleihung der Mercator-Ehrendadel** an. Einstimmig beschloss der Rat, dass es demnächst auch eine Auszeichnung für „*Bürgerschaftliche Aktivitäten von gesamtstädtischer Bedeutung*“ geben solle und das die Ehrendadel nicht nur an Einzelpersonen, sondern auch an Vereinigungen verliehen werden kann. Obwohl es offensichtlich war, dass man hier bereits eine bestimmte Organisation ins Auge gefasst hat, der man die Mercator-Ehrendadel verleihen möchte, fragte in der Ratssitzung niemand danach. Vermutlich auch, weil alle Sitzungen des Duisburger Stadtrates immer unter großem Zweitdruck stattfinden.

Schon einige Tage vor der Ratssitzung sorgte die **Unterbringung von Asylbewerbern** in einer ehemaligen Schule in Neuenkamp in den örtlichen Medien für Debatten. Natürlich rechneten viele im Rat mit Wortmeldungen und Hetzparolen der rechten Gruppierungen. Diese blieben aber aus, stattdessen diskutierten einige Ratsmitglieder von SPD und CDU darüber, dass bisher für Asylbewerber im Bezirk Mitte ein Neubau im Gewerbegebiet Kasslerfeld geplant war und dieser nun von der Verwaltung nicht weiter verfolgt würde. Diese erklärte, dass es baurechtliche Bedenken gegen den geplanten Neubau gäbe und die ehemalige leerstehende Schule nach kurzer Umbauphase geeigneter erscheine. Letztendlich stimmten BW-ProDU, NPD, ProNRW und Ratsherr Lucht (ehem. AfD) gegen die Vorlage, alle anderen Ratsmitglieder konnte die Verwaltung von der Notwendigkeit überzeugen.

Bei der Beschlussvorlage 14-1463 „**Ausbau der Mercatorstraße**“ kam es erneut zu heftigen Diskussionen. Die Verwaltung möchte die Mercatorstraße vor dem Hauptbahnhof umbauen, damit an der Kante des Bahnhofplatzes ein neues Gebäude entstehen kann. Die Straße soll auf je eine Fahrspur je Fahrtrichtung reduziert und die alte Platanen-Allee entfernt werden. Wir als freie Demokraten haben uns bereits vor einem Jahr gegen die ersten Planungen ausgesprochen, weil es bereits jetzt (auf 4 Fahrspuren) ständig zu langen Staus zwischen dem ehemaligen Mercator-Kreisverkehr und der Autobahnauffahrt Duisern kommt. Außerdem gibt es schon lange keinen Investor mehr, der bereit ist, am Bahnhofplatz zu bauen, daher sieht die FDP keine Notwendigkeit für den Straßenumbau und möchte auch den gesamten alten Baumbestand erhalten. Vor einem Jahr (vor der Kommunalwahl) hatten interessierte Bürger eine beeindruckende Anzahl Unterschriften für den Erhalt der Platanen gesammelt. Die Verwaltung aber auch die SPD, CDU, Grüne und Linke beendeten das Streitthema damals mit dem Hinweis, dass noch mal intensiv geprüft werde, ob man nicht ´so viele Platanen wie möglich´ erhalten könne. Wer sich in der Kommunalpolitik auskennt, wusste damals schon, dass dieses Manöver lediglich dazu diente, die empörten Bürger zu besänftigen. Jetzt legte die Verwaltung 2 Varianten vor, in der ersten sollten alle Bäume gefällt werden und in der zweiten Variante konnten „ein paar“ Bäume erhalten werden. SPD und CDU machten trotz aller Kritik sofort deutlich, dass sie das Thema nicht weiter diskutieren möchten und die Variante A (alle Bäume müssen gefällt werden) beschließen werden. Trotz zahlloser Argumente dagegen setzte sich die Duisburger „GroKo“ durch.

Wie in jeder Ratssitzung wurde auch diesmal die Aufstellung zahlreicher **Bebauungspläne** beschlossen. Bebauungspläne dienen z.B. zur Ausweisung von Gebieten in reine Wohngebiete, gemischte Gebiete (Wohnen und Gewerbe), Gewerbe- oder Industriegebiete, etc.. Oft ist es in Duisburg so, dass der Verwaltung eine Bauvoranfrage oder ein Antrag auf Nutzungsänderung vorliegt, der nach dem aktuellen Bebauungsplan genehmigt werden müsste. Wenn es sich jedoch bei dieser Anfrage um die Ansiedlung eines Wettbüros oder einer Spielhalle handelt, kann der Bebauungsplan vom Stadtrat schnell geändert werden, um derartige Ansiedlungen an dieser Stelle zu verhindern. Dies ist in Duisburg sehr oft der Grund für die Änderung oder die Neuaufstellung von B-Plänen.

Bei Tagesordnungspunkt 40 ging es um den Bau eines neuen Schwimmbades im Duisburger Süden. Der Betreiber des XXL-Sportcenters möchte neben seiner jetzigen Anlage in **Huckingen ein großes neues Schwimmbad** errichten, dazu führt er seit Jahren Gespräche und Verhandlungen. Wenn das neue Bad fertig gestellt ist, möchte die Stadt die bisherigen (nicht mehr zeitgemäßen) Hallenbäder in Buchholz und Großenbaum schließen und die gesetzlich vorgeschriebenen Schulschwimmzeiten in dem neuen Schwimmbad durchführen. Für die Schulschwimmzeiten zahlt die Stadt dem Betreiber eine jährliche Miete, ungefähr die Summe, die durch die Schließung der beiden städtischen Hallenbäder eingespart wird. Außerdem soll den örtlichen Schwimmvereinen die Nutzung des neuen Bades gesichert werden. Die Verwaltung legte den Mandatsträgern nun eine Zeichnung der geplanten Anlage vor, empfahl die Rutschenlandschaft durch ein Kinderbecken zu ersetzen und dem Projekt nun endlich die Zustimmung zu erteilen. Da es sich um einen privaten Investor handelt, stimmten die Linken und die Rechten im Rat erwartungsgemäß nicht zu, alle anderen erkannten die Notwendigkeit und freuen sich auf ein neues attraktives Bad im Duisburg Süden.

Zu langen und wirklich heftigen Diskussionen kam es bei einem Antrag der Fraktion PSL, wonach die bereits beschlossene **Gewerbesteuererhöhung** für 2016 wieder zurück genommen werden sollte. Der PSL-Sprecher argumentierte, dass die zuletzt beschlossene

Erhöhung deutlich weniger Gewerbesteuereinnahmen generiert habe, was vermuten lasse, dass zahlreiche Gewerbetreibende die Stadt verlassen hätten. Stadtkämmerer Dr. Peter Langner verteidigte vehement die beschlossene Erhöhung. Er bezeichnete es als eine „völlig absurde Unterstellung“, dass Gewerbetreibende auf Grund der letzten Gewerbesteuererhöhung das Stadtgebiet verlassen hätten. Die beschlossene Erhöhung und die damit zu erwartenden Einnahmen seien fester Bestandteil des Haushaltsplans und daher ohne Kompensation nicht rückgängig zu machen. Das rief natürlich FDP-Sprecher Wilhelm Bies auf den Plan, der dem Kämmerer die hohen Einnahmemöglichkeiten durch Gesellschaftsverkäufe (aber z.B. auch Aktienverkäufe) aufzählte, die von der FDP seit Jahren beantragt und nun als Kompensation dienen könnten.

Skurril wurde es bei der Wortmeldung des CDU-Fraktionsvorsitzenden Rainer Enzweiler. Er erklärte dem Rat, dass dieser Antrag „geradezu rechtswidrig“ sei, da mit diesem Beschluss der aktuell genehmigte Haushaltsplan wieder „aufgeschnürt“ werden müsste, was zu großen Probleme führen könne... Er bat den Antragsteller den Antrag zurückzuziehen, ansonsten werde die CDU an dieser Abstimmung nicht teilnehmen. Somit argumentierte ausgerechnet die CDU -stärker als alle anderen Fraktionen- dagegen, die beschlossene Gewerbesteuererhöhung wieder zurückzunehmen.

Die gleiche Posse wiederholte sich zu einem späteren Zeitpunkt, bei dem die PSL-Fraktion beantragte, die beschlossene **Erhöhung der Grundsteuer B** zurückzunehmen. Auch hier hatte die CDU gute Argumente gegen die Rücknahme der Steuererhöhung... Da SPD, Grüne und Linke die Erhöhungen der Gewerbesteuer und der Grundsteuer B im letzten Jahr beschlossen hatten, stimmten sie jetzt natürlich gegen die Anträge, die CDU nahm an den Abstimmungen nicht teil, alle kleineren Fraktionen, Gruppen und Einzelvertreter stimmten zu.

In einer Mitteilungsvorlage unter Top 46 erklärte die Regierungspräsidentin dem Rat sehr feinsinnig, dass sie nach erfolgter Prüfung zwar Einwände gegen den **Kauf der Steag-Anteile** durch ein Stadtwerke-Konsortium habe, diese aber nicht geltend mache, da dies im Nachhinein zu juristischen Komplikationen führen könnte...

Es folgten **zahlreiche Anträge und Anfragen von BW-ProDU und NPd**, die oft ausländerfeindliche Tendenzen hatten, über die es an dieser Stelle nicht zu berichten lohnt. Die breite Mehrheit des Rates lehnte die Anträge kommentarlos ab.

Den vielen **Anfragen der AfD** sah man deutlich eine gewisse Unerfahrenheit an, viele der (manchmal naiven) Fragen ergaben sich aus überregionalen Presseberichten, aber auch hierüber lohnt es an dieser Stelle nicht zu berichten.

Nach der öffentlichen Versammlung folgte eine **nicht-öffentliche Sitzung**, über die an dieser Stelle nicht berichtet werden darf, aber wie anfangs bereits erwähnt, wurden alle wichtigen und interessanten Themen bereits in den örtlichen Medien veröffentlicht und öffentlich diskutiert.

Um 20:15 Uhr beendete Oberbürgermeister Sören Link die 5. Sitzung des Duisburger Stadtrates. Die nächste Sitzung ist am 27. April geplant.